

Voller Tatendrang im Landeshaus

150 Jugendliche diskutieren, wie sie sich gesellschaftlich engagieren – und wie die Politik sie unterstützen sollte

VON INGA SCHÖNFELDT

KIEL. Als die Jugendlichen aus dem Plenarsaal strömen, um sich für ein Gruppenfoto auf einer Treppe zusammenzufinden, herrscht ausgewachsenes Chaos. Sobald sich aber alle nebeneinander aufgestellt haben, strahlen Jungen und Mädchen voller Eifer in die Kamera.

Alle von ihnen sind in ihrer Freizeit ehrenamtlich tätig oder gehen für ihre Anliegen auf die Straße. Längst sind die von Jugendlichen initiierten Demonstrationen wie Fridays for Future aus den Innenstädten nicht mehr wegzudenken. Gestern diskutierten 150 Jugendliche im Landeshaus, wie Schule und Politik sie bei ihren Einsätzen besser unterstützen können, sodass sich noch mehr junge Menschen demokratisch beteiligen.

Veranstaltet wurde die Jugendaktionskonferenz auf Initiative des Vereins Zukunft Bildung Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten für politische Bildung. Insgesamt nahmen 17 Jugendorganisationen von Schüler Helfen Leben bis zu Landesschülervertretungen der Gymnasien und Gemeinschaftsschulen an dem Tag teil, der dieses Jahr zum ersten Mal stattfand.

Carolin von Sobbe, 18, ist seit mehreren Jahren Mitglied im Jugendbeirat Halstenbek (Kreis Pinneberg) und engagiert sich auch in der Klima-



Hier debattierten die Jugendlichen gestern mehrere Stunden: der Plenarsaal im Landeshaus

FOTOS: ULF DAHL

AG und der Schülervvertretung ihres Gymnasiums. Sie ist überzeugt, dass Schulen jungen Leuten mehr Freiräume und Unterstützung gewähren sollten, wenn es um außerschulisches gesellschaftliches und politisches Engagement geht. Auch im Unterricht sollten Schüler lernen, wie sie sich engagieren können. „Die meisten von uns hier gehen

aufs Abitur zu“, stellt sie mit Blick auf die anderen Teilnehmer fest. Sie fragt sich, wie man Hauptschüler dazu bringen kann, sich zu engagieren, und wünscht sich, dass sich im Anschluss an die Konferenz alle Organisationen stärker miteinander vernetzen.

„Hoffentlich werden dann in Zukunft auch mehr Anträge in der Politik von Jugendorga-

nisationen gestellt“, meint die Gymnasiastin. Malte Nienstedt, 22, absolviert gerade ein Freiwilliges Ökologisches Jahr bei der Heinrich-Böll-Stiftung und hat die Konferenz mitorganisiert. Er setzt sich für die Interessen der FSJ- und FÖJler ein und fordert unter anderem, dass Freiwillige umsonst oder kostengünstig den ÖPNV nutzen

können, da viele Einsatzstellen außerhalb von Ortschaften liegen würden. Nienstedt bemängelt: „Wir FSJler werden in der Gesellschaft nicht wahrgenommen.“

„Die Erwachsenen sind heute in der Zuschauerrolle“, meint Dr. Christian Meyer-Heidemann, Landesbeauftragter für politische Bildung. Er freut sich über „den be-



„Hoffentlich werden in Zukunft mehr Anträge in der Politik von Jugendorganisationen gestellt.“

Carolin von Sobbe,
Jugendbeirat Halstenbek



„Wir FSJler werden in der Gesellschaft nicht wahrgenommen.“

Malte Nienstedt,
Organisationsteam

wussten Kontrollverlust“. Die Ergebnisse der Diskussionsrunden wurden am Ende der Tagung mit vier Abgeordneten von der CDU, SPD, FDP und den Grünen diskutiert. „Was die Politik aus den Forderungen macht, ist die Frage. Ich hoffe, dass aus der Konferenz neues Engagement und Motivation entsteht“, so Meyer-Heidemann.